

THEMENSERVICE

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – KW 41

Wadim Lisovenko

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft geht in ihre zweite Halbzeit

Am 1. Oktober begann die „zweite Halbzeit“ der deutschen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Nun bleiben dem deutschen Vorsitz noch drei Monate, um zentrale Vorhaben umzusetzen oder anzustoßen. In dieser Ausgabe des Themenservice „Deutsche EU-Ratspräsidentschaft“ bietet die Abteilung Medienanalyse und -archiv einen Überblick zu den wichtigsten Themen. Dazu zählen außenpolitische Herausforderungen wie die Beziehungen der EU zur Türkei und zu China sowie innere Themen wie der Wiederaufbaufonds und die Frage der Rechtsstaatlichkeit.



Angela Merkel
© European Union

Außenpolitische Herausforderungen

Eine wichtige [Sondertagung](#) des Europäischen Rates vom 1. bis zum 2. Oktober 2020 markierte den Beginn der „zweiten Halbzeit“ der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Aktuelle außen- und sicherheitspolitische Krisen dominierten die Tagesordnung des ersten Gipfeltages. Besprochen wurden unter anderem der Konflikt im östlichen Mittelmeerraum, Sanktionen gegen Belarus und die Vergiftung von Alexej Nawalny. Mit diesen und weiteren Themen habe die deutsche Ratspräsidentschaft nun die Chance, „um außer dem Corona-Paket anderes Großes anzuschieben oder voranzutreiben“, schreibt **Kristina Dunz** in der [Rheinischen Post](#)¹. „Diese nach 2007 zweite Ratspräsidentschaft Merkels zum Ende ihrer Amtszeit als Bundeskanzlerin wird aber noch an etwas Anderem gemessen werden: am Zusammenhalt der 27 Staaten. Hat die scheidende Kanzlerin dafür noch genügend Einfluss auf ihre Amtskollegen?“

Bei den Themen **Belarus** und **Türkei** wurde dieser Zusammenhalt während des Gipfels auf eine harte Probe gestellt. Zypern blockierte seit Wochen mit einem Veto gemeinsame Sanktionen der EU gegen 40 Vertreter des belarussischen Regimes, um Strafmaßnahmen gegen die Türkei durchzusetzen. Nach Verhandlungen, die bis tief in die Nacht gingen, gab Präsident Anastasiadis den Belarus-Sanktionen seinen

Segen. Im Gegenzug verurteilt der Europäische Rat in den [Schlussfolgerungen](#) des Gipfels die türkischen Verstöße gegen die Hoheitsrechte Zyperns. Ein besonderes Anliegen der deutschen Ratspräsidentschaft sei es dabei gewesen, „dass das Wort ‚Sanktionen‘ im Text nicht auftauchte“, schreibt **Thomas Gutschker** von der [FAZ](#)². „Dahinter stand die Sorge, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan eine zu scharf formulierte Erklärung zum Vorwand nehmen könnte, um seinerseits die Spannungen wieder anzuzünden.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel sei es außerdem zu verdanken, dass der Rat auch eine „positive politische EU-Türkei-Agenda“ anstreben will, falls es zu „konstruktiven Bemühungen“ zur Beendigung des Mittelmeer-Streits kommen sollte. Konkret läge das Augenmerk auf einer Modernisierung der Zollunion und Handelserleichterungen.



Nikos Anastasiadis/ Charles Michel
© European Union

Auf einer [Pressekonferenz](#) im Anschluss an den Gipfel bezeichnete Bundeskanzlerin Merkel die Sanktionen gegen Belarus und den Kompromiss mit Zypern als „wichtiges Signal, weil das [...] diejenigen stärkt, die sich für Meinungsfreiheit, für Demonstrationsfreiheit und für ein transparentes Land Belarus einsetzen. Dass wir da handlungsfähig waren, war gestern sozusagen wichtig, aber es war auch überfällig.“



Angela Merkel
© European Union

China: Ursprünglich war am 14. September ein großer zweitägiger EU-China-Gipfel in Leipzig vorgesehen, bis das Coronavirus die Planung durcheinanderwarf. Ersatzweise fand am selben Tag nur eine zweistündige [Videokonferenz](#) statt. An Stelle von 27 EU-Staats- und Regierungschefs sprachen nur Kommissionschefin Ursula von der Leyen, Ratspräsident Charles Michel und Bundeskanzlerin Merkel als Vertreterin der deutschen Ratspräsidentschaft mit Chinas Präsident Xi Jinping.

Der kleine Gipfel hätte gezeigt, „dass sich die EU momentan eine selbstbewusstere Position gegenüber China leisten kann“, meint **Frank Sieren** von der [Deutschen Welle](#)³. Man müsse es nur noch schaffen, dass alle EU-Länder mitziehen. „In dieser reduzierten Konstellation konnten die Europäer zumindest den Eindruck erwecken, gegenüber China endlich einmal mit einer Stimme zu sprechen, was in der Vergangenheit selten so richtig geklappt hat.“ Für eine erfolgreiche gemeinsame EU-China-Politik müsse man alle einzelnen Interessen berücksichtigen, damit sich kein EU-Land ausgeschlossen fühle. „Deutschland könnte die verbleibenden Monate seiner Ratspräsidentschaft nutzen, um bessere institutionelle Rahmenbedingungen für eine inklusivere und kohärentere EU-China-Politik zu schaffen. Nur so kann die volle wirtschaftliche und politische Macht der EU auf Augenhöhe mit China ausgeschöpft werden.“

Auf dem zweiten Gipfeltag am 2. Oktober einigten sich die EU-Staaten auf einen [China-](#)

[Gipfel](#)⁴ am 16. November in Berlin. Dieser soll bewusst ohne Xi Jinping stattfinden. Man wolle „über China“ statt mit China sprechen.

Bisher halten die EU-Spitzen an dem Ziel fest, die Verhandlungen über ein Investitionsabkommen mit China bis Ende 2020 abzuschließen. „[...] wir haben in der Videokonferenz mit dem chinesischen Präsidenten Xi deutlich gemacht, dass wir alles daransetzen wollen, bei dem Investitionsabkommen deutlich voranzukommen und möglichst noch einen Abschluss bis zum Ende des Jahres hinzubekommen“, betonte Merkel auf der Pressekonferenz am 2. Oktober.

Brexit: In den kommenden Wochen werde „Merkel als amtierender EU-Ratspräsidentin und politische Autorität in Europa“ eine Schlüsselrolle bei den Brexit-Verhandlungen einnehmen, schreibt der [Handelsblatt](#)⁵-Korrespondent **Hans-Peter Siebenhaar**. „Die Kanzlerin muss dem britischen Premier Boris Johnson ein Stück weit entgegenkommen, um ein Scheitern der Verhandlungen zu vermeiden, dabei aber die Reihen der 27 EU-Staaten geschlossen halten.“ Brexit-Chefunterhändler Michel Barnier war an diesem Montag nach Berlin gereist, um mit Außenminister Heiko Maas und Angela Merkel zu sprechen. Am Mittwoch traf Barnier wieder seinen britischen Verhandlungspartner David Frost. Heiko Maas warnt vor einem Scheitern der Verhandlungen. Es wäre „völlig unverantwortlich“ der Bevölkerung, angesichts der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen, noch zusätzliche Probleme durch einen No-Deal aufzubürden, zitiert ihn die [Süddeutsche Zeitung](#)⁶.

Beim nächsten EU-Gipfel am 15./16. Oktober soll das Thema erneut beraten werden. „Sollte doch noch ein Handelsabkommen mit den Briten zustande kommen, müssten die letzten Details wohl beim Gipfel [...] unter deutscher Führung festgezurrert werden“, schreibt die [Wiener Zeitung](#)⁷. „Nach dem britischen Beharren auf dem Binnenmarktgesetz ist es aber nicht ausgeschlossen, dass es zum Ende des deutschen Vorsitzes einen No-Deal-Brexit gibt.“



Michel Barnier
© European Union

EU-Wiederaufbaufonds

Auf einem [Sondergipfel](#) vom 17. bis 21. Juli 2020 beschloss der Europäische Rat den „Next Generation EU“-Wiederaufbauplan und den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027. Der Kompromiss galt als notwendig zur Überwindung der Folgen der Corona-Krise sowie als bedeutende Weichenstellung für die Finanzierung der Union. Doch bereits kurz nach dem Gipfel wurde viel Kritik an den Beschlüssen geäußert, vor allem vom Europäischen Parlament. EVP-Fraktionschef Manfred Weber und selbst Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nannten das Finanzpaket eine „bittere Pille“. Lesen Sie hierzu Näheres im Themenservice [Deutsche EU-Ratspräsidentschaft der KW 34](#).

Drei Monate später warten die von der Krise betroffenen EU-Länder weiterhin auf die Finanzhilfen. Welche Probleme halten den vermeintlich ersten großen Wurf der Ratspräsidentschaft zurück? Zunächst einmal musste der Plan warten, bis das Europäische Parlament am 14. September wieder zusammentrat. Seitdem wird weiterverhandelt. „Ein Ende der Verhandlungen, die von der deutschen Ratspräsidentschaft geleitet werden, ist noch nicht in Sicht“, berichtet **Tobias Kaiser** in der *Welt*⁸ aus Brüssel. „In vielen Bereichen ist Bewegung in die Verhandlungen gekommen“, meint immerhin der EU-Politiker Rasmus Andresen. Das Parlament will unter anderem eine Aufstockung des Budgets für Bereiche wie Forschung und Bildung sowie verbindliche Zusagen zu einer EU-Steuer. Die deutsche Ratspräsidentschaft bezieht die Nachforderungen des Parlaments auf 113 Milliarden Euro, berichtet die *FAZ*⁹. „Nach Ansicht von Diplomaten ist ein solcher Aufschlag auf den Juli-Kompromiss der EU-Chefschlicht unmöglich. [...] Das Europaparlament wirft den deutschen Verhandlungsführern eine Blockadehaltung vor.“ Ein wichtiges Anliegen ist außerdem die Verknüpfung von Finanzmitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien. Nähere Informationen hierzu finden Sie weiter unten.

Zuletzt fordert das Parlament ein Mitspracherecht bei der Verteilung der Gelder. „Zu Recht“, meint **Guntram Wolff** in einem Gastbeitrag in der *FAZ*¹⁰. „Das Parlament kann dabei auch sicherstellen, dass die Interessen der EU als Ganzes angemessen berücksichtigt werden. [...] Sollte das Parlament feststellen, dass Mittel

nicht wie vereinbart verwenden [sic] werden, sollte es die rote Karte ziehen können und weitere Auszahlungen des europäischen Geldes stoppen können.“ Bisher fehle es an einer klaren Strategie um sicherzustellen, dass die Gelder zielführend und zweckgebunden eingesetzt werden.

Einem neuen [Bericht](#) der **Konrad-Adenauer-Stiftung** zufolge gibt es zwischen den EU-Ländern starke Unterschiede bei der inhaltliche Ausgestaltung des Wiederaufbaufonds. „In den durch die Krise besonders gebeutelten Staaten sind die Mittel [...] zunächst eher für kurzfristige Ziele angedacht und sollen primär für die Vermeidung von Massenarbeitslosigkeit verwendet werden [...]. In Südeuropa und in vielen mittel- und osteuropäischen Staaten [...] stehen im europäischen Vergleich insgesamt soziale Fragestellungen wie die Verbesserung der Gesundheitssysteme [...] stärker im Vordergrund.“ Dieses Problem habe seinen Ursprung bereits in den Gipfelbeschlüssen, welche „allerhand Raum für unterschiedliche, teilweise gegenteilige Interpretationen“ bieten. Die Konzipierung und Umsetzung von Maßnahmen soll auf nationaler Ebene geschehen, „so dass fraglich bleibt, ob es sich im Ergebnis tatsächlich um eine gesamteuropäische Konjunkturpolitik handeln wird.“



Der Vorsitzende der Stiftung, Prof. Dr. Norbert Lammert, kommentiert die Ergebnisse des Berichtes gegenüber **Albrecht Meier** vom *Tagesspiegel*¹¹. „Zwischen der großzügigen Dimensionierung des Hilfsfonds und der absehbaren Effizienz klafft eine ärgerlich große Lücke“, sagt Lammert. Anstatt die Mittel aus dem Wiederaufbaufonds „als willkommene Finanzspritze für die Regelungen eigener Interessen“ zu nutzen, sollten sie besser „in eine europäische Kraftanstrengung zur Ertüchtigung unserer Wettbewerbsfähigkeit“ fließen, fordert Lammert.

Die letzte Verhandlungsrunde zwischen Ver-

tretern des EU-Parlaments, Haushaltskommissar Johannes Hahn und Botschafter Clauß an Donnerstag, dem 9. Oktober, gingen indes bereits nach einer Stunde zu Ende, berichtet **Hans-Peter Siebenhaar** im Handelsblatt¹². „Botschafter Clauß hat klargemacht, dass er sich nicht weiter bewegen kann oder will. Auf dieser Grundlage war es klar, dass es keinen Sinn macht, weiter zu reden“, sagte Rasmus Andresen dem Handelsblatt. „Das wird eine harte Nuss.“

Rechtsstaatlichkeit

Die Verknüpfung der Auszahlung von EU-Geldern an rechtsstaatliche Prinzipien gilt als eine der wichtigsten Bedingungen für die Umsetzung der Gipfelbeschlüsse vom Juli. „Wir brauchen ein wirkungsvolles und anwendbares Instrument – keinen Papiertiger“, bekräftigt Europa-Staatsminister **Michael Roth** im Interview mit dem Tagesspiegel¹³.

Am 28. September hatte die deutsche Ratspräsidentschaft einen Kompromissvorschlag für einen Sanktionsmechanismus für Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit präsentiert. Zwei Tage später stimmte eine Mehrheit im Europäischen Rat dafür, dass solche Verstöße finanzielle Sanktionen nach sich ziehen sollen. Der Beschluss wurde durch den Rule of Law Report der EU-Kommission untermauert, der die rechtsstaatliche Lage in mehreren EU-Staaten kritisch bewertet.



Věra Jourová
© Europäische Union, 2020/ EU-Kommission - Audiovisueller Dienst

„Als Ratspräsidentschaft wollen wir diesen Bericht aufgreifen, um einen neuen Rechtsstaatscheck unter den Mitgliedstaaten aufzubauen“, sagt Michael Roth zu **Philip Volkmann-Schluck** von der WELT¹⁴. Ab November wolle die Ratspräsidentschaft nun einzelne Mitgliedsländer in alphabetischer Reihenfolge durchgehen, um mit ihnen problematische Tendenzen

zu besprechen. So könne man verhindern, dass einzelne Länder wie Polen und Ungarn sich an den Pranger gestellt fühlen. Diese beiden Länder hatten am Mittwoch gegen den Vorschlag gestimmt. Die Niederlande, Finnland, Schweden, Dänemark und Belgien stimmten ebenfalls dagegen, doch für diese Staaten sind die Sanktionsmechanismen zu sanft.

Die Kritiker bezweifeln die Wirksamkeit des deutschen Vorschlags. Denn für etwaige Sanktionen müsste eine qualifizierte Mehrheit von mindestens 15 EU-Staaten stimmen, die 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der Union ausmachen. Auch sollen Sanktionen erst beschlossen werden können, wenn rechtsstaatliche Probleme sich direkt auf die wirtschaftliche Haushaltsführung und die finanziellen Interessen der Union auswirken, wie im Fall von Korruption oder Betrug. „Ausgerechnet die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat einen windelweichen Kompromissvorschlag vorgelegt“, kritisiert **Ulrich Krökel** in der Passauer Neue Presse¹⁵. Alles deute darauf hin, „dass es nur ein stumpfes Schwertchen geben wird“.

Dank der Ratspräsidentschaft erhielt die deutsche Bundesregierung das Mandat für die weiteren Verhandlungen mit dem EU-Parlament, welches der deutsche EU-Botschafter Michael Clauß ausüben wird. Doch gerade die EU-Abgeordneten zählen zu den größten Kritikern des deutschen Entwurfs. Sie werfen der deutschen Ratspräsidentschaft vor, Ungarn und Polen zu sehr entgegenzukommen. „Mit seiner Position zur Rechtsstaatsklausel im EU-Haushalt geht der Rat einen Schritt auf Orbán zu statt auf das Europäische Parlament“, zitieren **Thomas Gutschker** und **Hendrik Kafsack** in der FAZ¹⁶ die Abgeordnete Katarina Barley. Der Grüne Daniel Freund drückt sich noch schärfer aus: „Mit diesem Vorschlag fährt die Ratspräsidentschaft den Rechtsstaatsmechanismus vollends gegen die Wand.“ Deutsche Diplomaten verteidigen den Vorschlag gegen die Kritik. „Aus Sicht der Ratspräsidentschaft ist der Vorschlag nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine ‚Übersetzung‘ des beim Sondergipfel [...] erzielten Kompromisses. Er verleihe dem schwer errungenen Kompromiss eine rechtliche Form.“ Botschafter Clauß warnt vor einer Blockadehaltung angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Not, wie die Süddeutsche Zeitung¹⁷ berichtet. „Meine Sorge ist gewachsen, dass wir mit der zugespitzten Auseinandersetzung über den Rechtsstaatsmechanismus zu-

nehmend in eine Blockade bei den Haushaltsverhandlungen laufen [...]. Bereits jetzt sind Verzögerungen mit entsprechenden Konsequenzen für die wirtschaftliche Erholung Europas höchstwahrscheinlich kaum mehr vermeidbar."

Doch nach aktuellem Stand „bleibt das EU-Parlament hart“, berichtet **Thomas Gutschker** in der FAZ¹⁸. Hinter Polens und Ungarns Drohung, das Finanzpaket gegebenenfalls mit einem Veto¹⁹ zu stoppen, vermuten EU-Abgeordnete einen „Bluff“. Moritz Körner (FDP) sagte hierzu: „Orbán spielt mit uns [...] Diesen Bluff müssen wir aufdecken, dafür müssen wir hart bleiben.“ In einem Gastbeitrag auf dem Portal Politico²⁰ stellten die Fraktionsvorsitzenden **Manfred Weber**, **Iratxe García Pérez**, **Dacian Cioloș**, **Ska Keller** und **Philippe Lamberts** nun konkrete Forderungen. Erstens soll die EU-Kommission die Sanktionen vorschlagen können, erst danach könne der Rat mit einer qualifizierten Mehrheit dagegen stimmen. Zweitens soll die Kommission ihre Entscheidungen auf der Basis des jährlichen Rechtsstaatsberichts treffen. Und drittens dürfe das Verfahren nicht verzögert werden, indem es im Europäischen Rat besprochen wird. „This creates a loophole that means discussions on the issue could drag on for years and serves only the interests of those who do not wish to see any measures taken.“ Außerdem müsse es Wege geben, um EU-Mittel an nationalen Regierungen vorbei direkt an die Bürger zu verteilen. Es dürfe „niemand an unserer Entschlossenheit zweifeln“, zitiert Gutschker den EVP-Vorsitzenden Manfred Weber. Die Rechtsstaatlichkeit sei das „Kronjuwel“ der Verhandlungen.

Weitere wichtige Themen

Digitalisierung: „Wer bei Schlüsseltechnologien wie der Künstlichen Intelligenz global den Ton angibt, wird in der Lage sein, wirtschaftlich, politisch und auch militärisch zu dominieren. [...] Wir brauchen eine eigene kluge und ambitionierte europäische Strategie des Digitalen, mit der wir Außen-, Wirtschafts- und Technologiepolitik konsequent zusammenbringen und ein starkes, souveränes und innovatives Europa schaffen“, schreibt **Michael Roth** in seinem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung²¹. Digitale Souveränität sei eine Priorität der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Ansonsten drohe Europa, zwischen „zwei konkurrierende Tech-Sphären“

der USA und Chinas zu geraten. Hierfür müsse man die „nationale Kleinstaaterei“ aufgeben und alle einzelnen EU-Programme bündeln. Am 2. Oktober hatte der Europäische Rat noch einmal die Notwendigkeit eines digitalen Wandels betont. Hierbei soll sich der europäische Weg durch einen „auf den Menschen ausgegerichtete[n] Ansatz“ auszeichnen. „Die digitale Entwicklung muss unsere Werte, unsere Grundrechte und unsere Sicherheit schützen und sozial ausgewogen sein“, heißt es hierzu in den Schlussfolgerungen. Nähere Informationen zur besprochenen Digitalstrategie finden Sie [hier](#).

Arbeit und Soziales: Bundesarbeitsminister Hubertus Heil lud europäische Vertreter aus Politik und Wirtschaft am 6. und 7. Oktober zur Digitalen Konferenz „Globale Lieferketten – Globale Verantwortung“ ein. Auf der Konferenz setzten sich Minister Heil, Justizministerin Christine Lambrecht sowie Entwicklungsminister Gerd Müller für eine rasche Verabschiedung eines Lieferkettengesetzes ein, berichtet die Frankfurter Rundschau²². Bisher verhandelt das Bundeskabinett noch über ein solches Gesetz auf nationaler Ebene, jedoch wolle Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen. Daneben habe das Arbeitsministerium „die Ambition, das Thema durch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft auch auf die europäische Ebene zu bringen“, schreibt **Sarah Lawton** von EURACTIV²³. Heil habe „das Thema zu einer seiner obersten Prioritäten während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erklärt. Die Kommission soll nach Willen des Ministers einen europäischen Aktionsplan aufstellen, um die Achtung der Menschenrechte und menschenwürdige Arbeit in nachhaltigen Lieferketten zu gewährleisten.“



Hubertus Heil/ Gerd Müller
© UNICEF Ethiopia/2019/Nahom Tesfaye/Flickr/ CC BY-NC-ND 2.0

Migrationspolitik: Der Brand des Flüchtlingscamps Moria erinnerte Europa erneut an die Dringlichkeit einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik. Am 23. September stellte die EU-Kommission einen neuen [Asyl- und Migrationspakt](#) vor. Die EU-Kommission übernahm dafür „im Wesentlichen ein Konzept der deutschen EU-Ratspräsidentschaft“, schreiben **Eric Bonse, Christian Jakob** und **Anja Maier** in der [taz](#)²⁴. „Schnellere Erfassung, schnellere Entscheidung, schnellere Abschiebung möglichst schon an den Außengrenzen – das sind die wichtigsten Neuerungen.“ Das Europaparlament und die Mitgliedstaaten müssen noch zustimmen. „Der deutsche EU-Vorsitz rechnet nicht mehr mit einer Einigung in diesem Jahr.“ Es könnte sogar „wahrscheinlich Jahre“ dauern, bis eine Lösung gefunden wird, zitiert **Thomas Gutschker** von der [FAZ](#)²⁵ einen ungenannten EU-Diplomaten.

Clara Sophie Cramer vom [European Council on Foreign Relations](#)²⁶ ist ebenfalls skeptisch: „[...] the new pact seems unlikely to bear fruit.“ Zu gepalten sei die EU in Migrationsfragen. Statt zu versuchen, alle zu überzeugen, müsse die deutsche Ratspräsidentschaft zunächst eine kurzfristige Lösung mit einer „Koalition der Willigen“ finden. „Instead of hitting a brick wall in search of a comprehensive and definitive solution, the Germans would be well-advised opt for incrementalism. [...] the German Council presidency should work towards a solution within the coalition of the willing. [...] This would only be a short-term solution to avert total failure during the remaining three months of the German Council presidency.“ Langfristig müsse die „Trio-Präsidentschaft“, bestehend aus Deutschland, Portugal und Slowenien, aber eine Lösung finden, die auch die Visegrád-Gruppe mit einbeziehe.

Unter den folgenden Links finden Sie nähere Informationen zu der Videokonferenz auf Ministerebene „[Inneres](#)“ am 8. Oktober 2020, der „[ECOFIN](#)“-[Videokonferenz](#) der europäischen Wirtschafts- und Finanzminister am 6. Oktober, dem 22. Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und der [Ukraine](#), der Videokonferenz „[Binnenmarkt und Industrie](#)“ am 18. September sowie zu den Plänen von Verkehrsminister Scheuer zu einer [europaweiten Pkw-Maut](#)²⁷ und dem [europäischen Eisenbahnnetz](#)²⁸.

Weitere Informationen

- [Analyse](#) der Konrad-Adenauer-Stiftung zu den „Einstellungen der EU-Mitgliedsstaaten zum EU-Recovery Fund“.
- [Pressekonferenz](#) von Kanzlerin Angela Merkel nach dem EU-Gipfel vom 1.-2. Oktober.
- [Schlussfolgerungen](#) und wichtigste Ergebnisse des EU-Gipfels vom 1.-2. Oktober.
- [Zwischenbilanz](#) nach drei Monaten EU-Ratspräsidentschaft.
- [eu2020.de](#): Die offizielle Webseite der Bundesregierung zu der Ratspräsidentschaft.
- Auf der offiziellen [Themenseite](#) der **Konrad-Adenauer-Stiftung** finden Sie aktuelle Interviews sowie auch Veranstaltungen und Publikationen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

¹ Kristina Dunz, Hoffen auf die zweite Halbzeit, RP Online, 26.09.2020, https://rp-online.de/politik/deutschland/merkel-und-die-eu-ratspraesidentschaft_aid-53574161

² Thomas Gutschker, Sanktionen gegen Belarus, aber noch nicht gegen die Türkei, faz.net, 02.10.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/einigung-beim-europaeischen-rat-sanktionen-gegen-belarus-aber-noch-nicht-gegen-die-tuerkei-16982663.html>

³ Frank Sieren, Sierens China: Kein Zurück mehr für die EU, Deutsche Welle, 16.09.2020, <https://www.dw.com/de/sierens-china-kein-zur%C3%BCck-mehr-%C3%BCr-die-eu/a-54950717>

⁴ o.A., EU-Gipfel zur China-Politik ohne Xi am 16. November in Berlin, Handelsblatt online, 02.10.2020, <https://www.handelsblatt.com/dpa/konjunktur/wirtschaft-handel-und-finanzen-eu-gipfel-zur-china-politik-ohne-xi-am-16-november-in-berlin/26238730.html>

⁵ Hans-Peter Siebenhaar, Warum es bei den Verhandlungen mit Großbritannien auf die Kanzlerin ankommt, Handelsblatt online, 05.10.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/post-brexite-gespraech-warum-es-bei-den-verhandlungen-mit-grossbritannien-auf-die-kanzlerin-ankommt/26245264.html>

⁶ Daniel Brössler, Maas warnt vor Scheitern der Brexit-Gespräche, sueddeutsche.de, 5.10.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/brexit-maas-barnier-1.5055137>

⁷ o.A., Eine EU-Präsidentschaft voller Probleme, wienerzeitung.at, 01.10.2020, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2077234-Eine-EU-Prasidentschaft-voller-Probleme.html>

⁸ Tobias Kaiser, Diese Rechnung macht Deutschland zum größten Nettozahler des EU-Wiederaufbau, Welt online, 08.10.2020, <https://www.welt.de/wirtschaft/article217229518/Wiederaufbau-Plan-Deutschlands-EU-Rechnung-betraegt-minus-52-3-Mrd-Euro.html>

⁹ Hendrik Kafsack, Verhandlungen über Corona-Aufbaufonds blockiert, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.09.2020.

¹⁰ Guntram B. Wolff, EU-Fonds: Es fehlt an Kontrolle und Rechenschaftspflicht, Frankfurter Allgemeine Zeitung,

22.09.2020.

¹¹ Albrecht Meier, Wird der Corona-Hilfsfonds zweckentfremdet?, tagesspiegel.de, 23.09.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/finanzspritze-fuer-eigene-interessen-wird-der-corona-hilfsfonds-zweckentfremdet/26211236.html>

¹² Hans-Peter Siebenhaar, Streit über EU-Haushalt eskaliert, Handelsblatt online, 09.10.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/mehrjaehriger-finanzrahmen-streit-ueber-eu-haushalt-eskaliert/26260572.html?ticket=ST-1897278-Kwuyz6PQaWfO1XSFJAbB-ap2>

¹³ Albrecht Meier, „Das wird die EU nicht akzeptieren“. Interview mit Michael Roth, tagesspiegel.de, 25.09.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/boris-johnsons-binnenmarktgesetz-das-wird-die-eu-nicht-akzeptieren/26217006.html>

¹⁴ Philip Volkmann-Schluck, „Motivation für noch mehr Korruption“, Welt online, 30.09.2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/article216919500/EU-Gelder-Motivation-fuer-noch-mehr-Korruption.html>

¹⁵ Ulrich Krökel, Stumpfes Schwertchen, PNP.de, 01.10.2020, https://plus.pnp.de/ueberregional/politik/3800271_Stumpfes-Schwertchen.html

¹⁶ Thomas Gutschker/ Hendrik Kafsack, Eingeknickt vor Viktor Orbán?, faz.net, 28.09.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/rechtsstaatlichkeit-in-der-eu-eingeknickt-vor-viktor-orban-16975841.html>

¹⁷ Björn Finke, Streit um Rechtsstaatsklausel, sueddeutsche.de, 30.09.2020, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/eu-kommission-streit-um-rechtsstaatsklausel-1.5050376>

¹⁸ Thomas Gutschker, Alles nur ein Bluff?, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.10.2020.

¹⁹ Maïa de La Baume/ Hans von der Burchard/ David M. Herszenhorn, Poland joins Hungary in threatening to block EU's budget and coronavirus recovery package, Politico.eu, 18.09.2020, <https://www.politico.eu/article/poland-joins-hungary-in-threat-to-block-eus-landmark-budget-and-recovery-package/>

²⁰ Manfred Weber/ Iratxe García Pérez/ Dacian Cioloș/ Ska Keller/ Philippe Lamberts, European values are not for sale, Politico.eu, 06.10.2020, <https://www.politico.eu/article/european-values-not-for-sale-rule-of-law-eu-budget-and-recovery-plan/>

²¹ Michael Roth, Europa muss digitale Macht sein, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 04.10.2020, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/roth-faz/2402136>

²² Epd, Mehr Sorgfalt in der Lieferkette, Frankfurter Rundschau, 07.10.2020.

²³ Sarah Lawton, Heil und Müller: „Zeit ist absolut reif“ für ein Lieferkettengesetz, EURACTIV, 07.10.2020, <https://www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/heil-und-mueller-zeit-ist-absolut-reif-fuer-ein-lieferkettengesetz>

²⁴ Eric Bonse/ Christian Jakob/ Anja Maier, EU setzt auf Tempo und Härte, taz.de, 23.09.2020, <https://taz.de/Von-der-Leyen-legt-Migrationspakt-vor!/5711756/>

²⁵ Thomas Gutschker, Der große Knall ist ausgeblieben, faz.net, 08.10.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/eu-migrationspakt-der-grosse-knall-ist-ausgeblieben-16992715.html>

²⁶ Clara Sophie Cramer, How Germany could break the migration deadlock, European Council on Foreign Relations,

05.10.2020,

https://www.ecfr.eu/article/how_germany_could_break_the_migration_deadlock

²⁷ o.A., Scheuer legt Pläne für europaweite Pkw-Maut auf Eis, Handelsblatt online, 08.10.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verkehr-sminister-scheuer-legt-plaene-fuer-europaweite-pkw-maut-auf-eis/26255860.html?ticket=ST-1439301-K3Wys9jpZ5m9e5YBKAHs-ap2>

²⁸ Martin U. Müller/ Gerald Traufetter, Bahn ist reserviert gegenüber Scheuers Trans-Europ-Express 2.0, Spiegel Online, 21.09.2020, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/deutsche-bahn-zweifelt-an-andreas-scheuers-trans-europ-express-2-0-a-1d5dd007-0f31-4160-8cd0-623b00e44ef3>